



07.10.2024

Einheitliche Aufwandsentschädigung im Praktischen Jahr an der MHH – Stellungnahme zum Präsidiumsbeschluss 29/2024

Das Präsidium der Medizinischen Hochschule Hannover möchte mit dem Beschluss 29/2024 eine einheitliche Regelung für die Aufwandsentschädigung im Praktischen Jahr (PJ) an der MHH schaffen. Unter dem Vorwand, so gute Ausbildungsmöglichkeiten und gute Bedingungen zu präsentieren, wird die Höhe der Aufwandsentschädigung künftig für alle Kliniken der MHH auf 550 Euro gesetzt. Dadurch solle ein interner Konkurrenzkampf der Kliniken der MHH durch unterschiedlich hohe Aufwandsentschädigungen verhindert werden. Der Betrag von 550 Euro sei hierbei als Mittelwert der bisher gezahlten Aufwandsentschädigungen gesetzt, ohne dass die Gesamtkosten für die MHH signifikant steigen.

Aus studentischer Sicht ist die Initiative, die Aufwandsentschädigung an der MHH von „oben herab“ zu vereinheitlichen, generell sehr zu begrüßen. Durch eine einheitlich geregelte Aufwandsentschädigung kann der Wettbewerbsfokus einen Shift von der bloßen finanziellen Attraktivität hin zu einer qualitativen Ausbildung in den Kliniken mit einer hohen Lehrqualität und einem guten Arbeitsumfeld erfahren. Es ist positiv zu bemerken, dass die Notwendigkeit einer Aufwandsentschädigung durch das Präsidium der MHH grundsätzlich anerkannt wird und die festgesetzte Höhe über dem niedrigsten Satz liegen, der bisher von einigen Kliniken der MHH gezahlt wird.

Dass sich die MHH hierdurch aber den Studierenden gegenüber als geschlossene Einheit mit guten Ausbildungsmöglichkeiten und guten Bedingungen präsentiert, ist ein Trugschluss. In der Tat ist es so, dass es quasi keinen internen Konkurrenzwettbewerb zwischen den einzelnen Fachbereichen gibt. Dieser findet vor allem mit den Lehrkrankenhäusern der MHH und anderen Kliniken statt, in welchen es Standard ist, die höchstmögliche Aufwandsentschädigung zu zahlen. Diese liegt bei 992 Euro, also knapp dem doppelten der vom Präsidium der MHH diktierten Aufwandsentschädigung. Hierdurch erfährt die MHH einen erheblichen Standortnachteil, der sich auch negativ auf die Nachwuchsrekrutierung der betroffenen Fachbereiche auswirken wird.

Vorsitz Jakob Warweitzky	IT Noah Lange	Kultur Sophia Geißelbrecht	Internationales Fanny Wolke	Presse Print Huda El Haj Said	Umwelt Rebecca Menkhous	Hochschulpolitik Innen Anne Studt Laura Korecki Niclas Ritter
Finanzen Felix Ricken	Erstsemesterarbeit & PJ Julian Köppen	Soziales & Gleichstellung Lea Pelster	Sport Anabel Peine	Studentische Öffentlichkeitsarbeit Zeynep Karaca	Hochschulpolitik Außen Felix Martin	

Durch das Präsidium erfolgte zwar eine Abstimmung mit Personalrat und Personalmanagement zu der Beschlussvorlage, wie es aber selbst im gleichen Antrag feststellt, gehen die Studierenden während des PJs kein Arbeitsverhältnis mit der MHH ein. Beide Stellen sind somit strenggenommen gar nicht für die Studierenden zuständig. Eine Absprache mit tatsächlichen Vertreter*innen der Studierenden wie AStA, Studierendenparlament oder der Studienkommission fand nicht statt. Noch nicht einmal mit dem Dekanat wurde das Vorhaben besprochen. Das ist vor allem vor dem Hintergrund des in diesem Jahr erfolgten Aktionstages für ein Faires PJ bedauerlich, an dem mehrere hundert Studierende aus ganz Niedersachsen für bessere Bedingungen im Praktischen Jahr demonstrierten. Eine zentrale Forderung war hierbei eine einheitliche Aufwandsentschädigung (mindestens) in Höhe des BAföG-Höchstsatzes – also der aktuell höchstmöglichen Aufwandsentschädigung.

Hinzu kommt, dass die MHH als Krankenhaus der Supramaximalversorgung PJ-Studierenden die Möglichkeit bietet, Erfahrungen zu seltenen oder komplexen Krankheitsbildern zu sammeln. Diese Möglichkeit ist an den Lehrkrankenhäusern und anderen externen Häusern seltener gegeben. Aufwandsentschädigungen nun auch unter dem Vorwand zu verringern, dass Studierende nicht allein wegen des Geldes, sondern wegen der Möglichkeit der Erfahrungssammlung und Qualität der Weiterbildung an die MHH kommen, führt schlussendlich dazu, dass lediglich Studierende ein Tertial an der MHH abhalten können, welche sich dies auch leisten können. Dies erschwert den Zugang zu Universitätsmedizin und fördert so auch Klassismus an der MHH. Die MHH widerspricht hiermit in unserem Verständnis der von ihr unterzeichneten *Charta der Vielfalt*, welche sich auch gegen Diskriminierung in Bezug auf soziale Herkunft ausspricht [1].

Die Umsetzung des Beschlusses soll zum nächstmöglichen Zeitpunkt erfolgen, wobei jedoch unklar ist, ob damit bereits die neue PJ-Kohorte ab November gemeint ist. Eine so baldige Umsetzung wäre eine dramatische Nachricht für Studierende, die auf die Aufwandsentschädigung angewiesen sind. Für die Wahl der PJ-Tertiale sind auch die Aufwandsentschädigungen von großer Bedeutung – Studierende, die sich für die MHH entschieden haben, taten dies auch, weil sie sich auf die Angaben zur Aufwandsentschädigung verlassen haben. In Fachbereichen, die auch an der MHH den Höchstsatz gezahlt haben, werden Studierende nur noch etwa die Hälfte der geplanten finanziellen Mittel zur Verfügung haben. Das bedeutet nicht nur einen bundesweiten Reputationsverlust für die Medizinische Hochschule, sondern bedroht auch die Existenzen der Studierenden unabhängig vom Zeitpunkt der Umsetzung. Die meisten Studierenden der Humanmedizin sind beim Eintritt in das PJ über 25 Jahre alt und erhalten somit kein Kindergeld mehr. Zusätzlich sind sie beitragspflichtig in der Krankenversicherung (ab 01.10.2024: etwa 132 Euro monatlich [2]). Bei einer durchschnittlichen Miete für ein WG-Zimmer in Hannover von 410 Euro im Monat [3] bleiben Studierende im PJ an der MHH nun künftig also ganze 8 Euro monatlich zum Überleben.

Es zeigt sich, dass sich das Präsidium der MHH weniger um gute Ausbildungsbedingungen und das Wohl der eigenen (und externen) Studierenden sorgt, sondern vielmehr eins im Blick hat: Zahlen auf Papier. Das Präsidium der MHH gefährdet mit seinem Beschluss aktiv – und vor dem Hintergrund von im Anschluss an den Aktionstag geführten Gesprächen zu den Bedingungen im PJ sogar wissentlich – das Wohl von Studierenden, welche auf die Aufwandsentschädigung angewiesen sind.

Vorsitz Jakob Warweitzky	IT Noah Lange	Kultur Sophia Geißelbrecht	Internationales Fanny Wolke	Presse Print Huda El Haj Said	Umwelt Rebecca Menkhaus	Hochschulpolitik Innen Anne Studt Laura Korecki Niclas Ritter
Finanzen Felix Ricken	Erstsemesterarbeit & PJ Julian Köppen	Soziales & Gleichstellung Lea Pelster	Sport Anabel Peine	Studentische Öffentlichkeitsarbeit Zeynep Karaca	Hochschulpolitik Außen Felix Martin	

Es stellt sich gegen Forderungen von Landes- und Bundesverbänden wie der Bundesvertretung der Medizinstudierenden in Deutschland e.V., des Marburger Bundes oder des Deutschen Ärztetages. Anstatt sich an positiven Beispielen wie den Unikliniken in Sachsen-Anhalt zu orientieren, wo eine Aufwandsentschädigung in Höhe des BAföG-Höchstsatzes nicht Ausnahme, sondern Regel ist, macht das Präsidium der MHH einen Alleingang und trifft Entscheidungen am Willen und Wohle der Studierendenschaft vorbei, ohne diese überhaupt zu konsultieren oder in die Entscheidungsfindung einzubinden.

Wir, der AStA der Medizinischen Hochschule Hannover, kritisieren deutlich den Beschluss zu einer einheitlichen Aufwandsentschädigung in der vorliegenden Form. Es trifft unsererseits auf große Enttäuschung und Unverständnis, nicht in den Entscheidungsprozess eingebunden worden zu sein.

Wir fordern das Präsidium auf, den aktuellen Beschluss mit sofortiger Wirkung zurückzunehmen, um weiteren Schaden von Studierenden abzuwenden. In eine anschließende, konstruktive Diskussion über eine einheitliche Aufwandsentschädigung im PJ an der MHH muss die Studierendenvertretung eingebunden werden. Es ist unabdingbar, den Betroffenen solcher Regelungen ein Mitspracherecht einzurichten.

Darüber hinaus sollte die Aufwandsentschädigung auf keinen Fall nach oben gedeckelt werden – das ist sie bereits durch die Approbationsordnung für Ärzte. Vielmehr fordern wir, dass die MHH, wie in Sachsen-Anhalt erfolgreich praktiziert, eine einheitliche Aufwandsentschädigung in Höhe des BAföG-Höchstsatzes zahlt.

Hannover, den 07.10.2024

Der Allgemeine Studierendenausschuss der Medizinischen Hochschule Hannover



i.V. Jakob Warweitzky,
Vorsitzender des AStA

Quellen:

- [1] <https://www.charta-der-vielfalt.de/fuer-organisationen/vielfaltsdimensionen/soziale-herkunft/>
- [2] <https://www.krankenkassen.de/gesetzliche-krankenkassen/krankenkasse-beitrag/studenten/>
- [3] <https://www.studis-online.de/studienkosten/wg-zimmer-mietspiegel.php>

Vorsitz Jakob Warweitzky	IT Noah Lange	Kultur Sophia Geißelbrecht	Internationales Fanny Wolke	Presse Print Huda El Haj Said	Umwelt Rebecca Menkhaus	Hochschulpolitik Innen Anne Studt Laura Korecki Niclas Ritter
Finanzen Felix Ricken	Erstsemesterarbeit & PJ Julian Köppen	Soziales & Gleichstellung Lea Pelster	Sport Anabel Peine	Studentische Öffentlichkeitsarbeit Zeynep Karaca	Hochschulpolitik Außen Felix Martin	